



Wir wollen und brauchen ein soziales Europa

Sozialunion statt Neoliberalismus

Die Herausforderungen, Chancen, Probleme und Ungerechtigkeiten einer globalisierten Wirtschaft verlangen auch internationale und nicht nur nationale Lösungen der Politik. Wir setzen uns für eine wirtschaftliche starke EU ein, die steuernd in das Wirtschafts- und Sozialsystem eingreift, das europäische Wohlfahrtsmodell sichert und die **soziale Situation der Menschen** in Europa verbessert. Wir stehen für soziale Sicherheit, gerechte Verteilung, faires und nachhaltiges Wachstum und Chancengleichheit in Europa, sowie für die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen. Ein starker Einfluss der Sozialdemokratie in der EU schafft die notwendige soziale Absicherung im Gegensatz zu den neoliberalen Tendenzen in Europa.

Stabile und regulierte Finanzmärkte

Nach der Krise dürfen die „Casinos“ nicht wieder aufsperrern und ungehindert weitermachen. Der freie und schwach regulierte Finanzmarkt hat versagt, die Sozialdemokratie steht für faire und strikte Spielregeln auf dem Finanzmarkt. Der Staat muss eine aktive und konstruktive Rolle bei Regulierung und Aufsicht übernehmen. Finanzmärkte sind nicht Selbstzweck, sondern müssen der Realwirtschaft dienen.

Europäische Finanzmarktaufsicht

Transnational agierende Banken benötigen eine transnationale Aufsicht. Ein Europäisches System der Finanzmarktaufsicht – ausgestattet mit Durchgriffsrecht auf die weiter bestehenden nationalen Behörden und dem Europäischen Parlament verantwortlich – muss schnell eingerichtet werden.

Regulierung ALLER Finanzmarktteilnehmer und –segmente

Es darf keine Lücken in der Regulierung mehr geben. Steueroasen und Off-shore Zentren müssen ausgetrocknet, Geschäfte mit diesen Lokationen sanktioniert oder sogar verboten werden. Auch Ratingagenturen, Hedgefonds, Private Equity Fonds und außerbörsliche Derivatgeschäfte sind streng zu regulieren. Wenn eine Bank zu groß wird, ist sie ein Risiko für das System, deshalb sollen große Banken/Versicherungen weniger Risiko nehmen dürfen, mehr Eigenkapital hinterlegen müssen und bestimmte Geschäfte gar nicht durchführen dürfen. Motto: „Mit Spareinlagen darf nicht ins Casino gegangen werden.“ Finanzprodukte sollen – ähnlich der Medikamentenzulassung – einem Zulassungsverfahren unterworfen werden müssen.



Entmachtung der Rating-Agenturen

Für die Eigenmittelunterlegung nach Basel II darf kein externes Rating der Rating-Agenturen mehr herangezogen werden, sondern verpflichtend ein internes Rating der Banken. Risikoeinschätzung ist eine der ureigensten Aufgaben von Banken. Der Markt würde in diesem Fall von der Vielfalt von Risikoeinschätzungen profitieren, der enorme Einfluss der Rating-Agenturen wäre beschränkt. Zusätzlich sollen auch die Rating-Agenturen reguliert werden.

Anreize für faires Verhalten der Finanzmanager

Faire Entlohnungsmodelle müssen geschaffen werden, die kein Anreiz zu riskantem/verantwortungslosen Handeln mehr sind. Statt hoher Abfertigungen bei Auflösung der Verträge im Fall von Misserfolg/grober Fahrlässigkeit ist eine private Haftung vorzusehen. Entlohnungs- und Bonussysteme sollen der Bewilligung von Aufsichtsbehörden unterliegen und an Nachhaltigkeit orientiert sein. Das eingerichtete Risikomanagement der Finanzmarktakteure soll inkl. Modelle, Prozesse, Risikokultur und Qualifikation der Mitarbeiter von den Aufsichtsbehörden zertifiziert werden müssen.

Finanztransaktionssteuer

Der BSA steht für die europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese Steuer macht Finanzspekulationen unattraktiver und liefert Budgetmittel als Rücklage für zukünftige Krisen. Somit sind die Urheber der Krise an den potenziellen Folgekosten beteiligt und der Steuerzahler muss nicht allein für die Fehler der Finanzmarktakteure zahlen.

Europäische Bankenrettung nur mit Bedingungen

Wenn es notwendig ist, Banken zu retten, um einen Zusammenbruch der Märkte zu verhindern, soll dies nur unter folgenden Bedingungen geschehen:

- nur systemrelevante Banken
- Mitspracherecht des Staates
- Beteiligung an Sanierungsgewinnen
- keine Dividenden an die Aktionäre
- Beschränkung der Manager Gehälter



Europäische Konjunkturpakete

In der Wirtschaftskrise sind große, öffentliche Konjunkturpakete notwendig, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und um die Arbeitslosigkeit zu senken, was derzeit wesentlich wichtiger als die strikte Einhaltung der Maastricht-Kriterien ist. Gerade dabei sind eine europäische Koordination bzw. EU-weite Konjunkturpakete notwendig, da durch die Handelsverflechtungen ein Konjunkturpaket in einem Land alleine in die anderen Länder „verpufft“ und nur ein geringer Effekt bleibt. Die investierten Mittel der Konjunkturpakete sollen primär in folgende Bereiche fließen:

- Forschung
- Bildung
- Energieeffizienz und alternative Energien
- Europäische Verkehrsnetze (TEN) mit Schwerpunkt auf die Schiene
- Steuer- und Abgabenerleichterungen für den Faktor Arbeit, um die Kaufkraft zu stärken und Beschäftigung zu fördern

Der BSA fordert auch die Aufhebung des Verschuldungsverbotes der EU. Durch die Ausgabe von EU-Anleihen können langfristige, konjunkturbelebende Maßnahmen in der Krise finanziert werden.

Wachstumsorientierte Geldpolitik

Wir bekennen uns zur Verfolgung des Preisstabilitätsziels durch die Europäische Zentralbank, jedoch sollte sie einer Wachstumspolitik nicht entgegenstehen. Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise muss auch die EZB wachstumsfördernd agieren und den Leitzinssatz mutiger senken. Die extrem konservative Geldpolitik der EZB ist gerade jetzt kontraproduktiv. Durch die Wirtschaftskrise ist hohe Inflation kein Thema, es besteht sogar Deflationsgefahr, wogegen die EZB entschlossene Schritte setzen soll und muss.

Stopp dem Steuerdumping

In Zuge der neoliberalen Politik senken alle Mitgliedsstaaten ihre Unternehmenssteuern um die Wette. So hat letztendlich kein Land einen Standortvorteil, weil alle anderen die Steuern auch gesenkt haben. Die öffentliche Hand hat dadurch jedoch große Steuerausfälle: Leistungen müssen gekürzt oder ArbeitnehmerInnen mit mehr Steuern belastet werden. Wir fordern Stopp dem Steuerdumping! Durch EU-weite Mindestkörperschaftssteuern könnte diesem Steuerwettbewerb Einhalt geboten werden.

Mehr Geld für Forschung und Soziales statt für die Agrargroßindustrie

Das Landwirtschaftsbudget ist nach wie vor einer der größten Ausgabenposten der EU. Förderung für Kleinbauern und biologische Landwirtschaft sollen erhalten bleiben, Subventionen der Agrargroßindustrie sollen jedoch eingeschränkt werden. Die freiwerdenden Mittel sollen dann für Soziales und Forschung ausgegeben werden.



Europäische Sozialpolitik

Eine neue europäische Sozialpolitik, die wir SozialdemokratInnen anstreben, muss allen Menschen aller Länder ermöglichen, ein selbstbestimmtes, Sinn erfülltes Leben unter abgesicherten, demokratisch vereinbarten Bedingungen zu führen. Rechte von ArbeitnehmerInnen – unter anderem der soziale Schutz und das Einkommen – sind keine Beschränkungen des Binnenmarktes, sondern ermöglichen Produktion und Wachstum auf hohem Niveau.

Absicherung von prekären Beschäftigungsverhältnissen

Europäische Sozialpolitik muss die Absicherung von prekären Beschäftigungsverhältnissen sicherstellen. Wir fordern z.B. eine Richtlinie zu **Leiharbeit**, die Gleichbehandlung mit dem Stammpersonal sicherstellt und eine EU-weite Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung für neue Selbständige.

Arbeitnehmerschutz

Wir fordern die Streichung der Opting-out Klausel in der Arbeitszeitrichtlinie, d.h. ein „freiwilliger“ Verzicht auf die Höchstarbeitszeitbegrenzung darf nicht möglich sein.

Wir verstehen Flexicurity nicht so wie die Europäische Kommission als maximale Flexibilität für die Unternehmen, sondern fordern eine echte Flexicurity mit sozialer Sicherheit und Flexibilität für ArbeitnehmerInnen ein.

Die Handlungsfähigkeit von **demokratisch legitimierten Gewerkschaften** darf nicht im Namen der Marktfreiheiten beschränkt werden, der Einfluss der Industrie durch Lobbying bei der Kommission bei Gesetzes-Initiativen ist schon groß genug.

Der BSA fordert, sich klar für eine internationale Lösung gegen Kinderarbeit, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Löhne unter den länderspezifischen Mindestlöhnen, Umweltverschmutzungen oder Menschenhandel und für Gewerkschaftsfreiheit einzusetzen. Neben dem sozialen Aspekt ist es auch ökonomisch für die EU vorteilhaft, wenn alle nach gewissen Mindestspielregeln pro-duzieren müssen.

Staatliche statt private Pensionsvorsorge

Die Finanzmärkte sind als Alternative zur öffentlichen Pensionsvorsorge inzwischen erwiesenermaßen nicht geeignet. Deshalb sollen private Pensionsvorsorgen nicht mehr öffentlich gefördert werden, sondern die Mittel sollen in die Sicherung der staatlichen Pensionen fließen. Dasselbe gilt für Kranken- und Pflegeversicherung.

Transparenz statt Lobbying

Wir treten für eine verpflichtende Registrierung und für einen verpflichtenden Verhaltenskodex für LobbyistInnen in der EU ein.



Klimaschutz, Energie und Umwelt

Klimaschutz muss sozial gerecht sein!

Wir fühlen uns für zukünftige Generationen verantwortlich. Daher sind wir für ehrgeizige EU-weite Klimaschutzziele und vor allem für deren konsequente Umsetzung. Klimaschutz hat seinen Preis: CO₂-erzeugende Produkte werden dadurch tendenziell teurer, deshalb treten wir parallel zu dieser Entwicklung für eine Entlastung der unteren Einkommen ein. Für importierte Produkte sollen dieselben Umweltauflagen gelten wie für europäische Produkte, um eine Benachteiligung der europäischen Industrie und einen Export der CO₂-Erzeugung zu verhindern.

Energiesicherheit, Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Bei der Förderung von Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen wir auf Investitionen in die Forschung, weil diese Investitionen langfristig den größeren Effekt als kurzfristige Preisstützungen haben. Biomasse soll nur beschränkt gefördert werden, da einerseits die CO₂-Bilanz von Biomasse nicht ideal ist und andererseits die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für Biomasse massiv zum weltweiten Anstieg der Lebensmittelpreise beigetragen hat. Investitionen in Energieeffizienz und alternative Energien erhöhen auch die Unabhängigkeit Europas von Gas und Erdöl und damit von den gas- und erdölproduzierenden Ländern.

Leistbare Preise und Bio statt Gentechnik

Umweltschutz muss sozial gerecht sein! Verstärkte Förderung von biologischer und gentechnikfreier Landwirtschaft statt Riesensubventionen der Agrargroßindustrie soll leistbare Bioprodukte für alle sicherstellen.

Daseinsvorsorge für alle

Nichtdiskriminierender Zugang, hohe Qualität und für alle leistbare Preise für die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – wie z.B. öffentlicher Verkehr, Energieversorgung und Gesundheitswesen – müssen gewährleistet werden. Liberalisierungen um jeden Preis haben nicht zu Effizienzsteigerungen geführt, sondern Qualität und Versorgungssicherheit beeinträchtigt. Langfristige Sicherheit, Qualität und Versorgung entlegener Gebiete rechnen sich für private Unternehmen nicht, deshalb ist hier die Verantwortung der öffentlichen Hand gefordert.



Bildung, Forschung und Budget

Bildungszugang für alle verlangt ein öffentliches Bildungssystem und darf nicht den vermeintlichen Erfordernissen der Dienstleistungsfreiheit geopfert werden. Investitionen in Forschung und in ein modernisiertes Bildungssystem sind das Überlebensticket in einer globalisierten Wirtschaft. Deshalb treten wir für eine Erhöhung des Forschungsbudgets – unter anderem mit Schwerpunkt auf alternative Energien – und für eine Aufstockung der Bildungsförderung der EU ein.

Menschenrechte, Antidiskriminierung und Asyl

Die Durchsetzbarkeit von Grundrechten ist zentraler Bestandteil unseres Wertesystems. Die Grundrechtscharta als Teil des Vertrages von Lissabon und der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention sind dafür wichtige Eckpfeiler. Zur Sicherstellung der Einhaltung der Grundrechte fordern wir finanzielle Förderung von regierungsunabhängigen Institutionen zur Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen. Der Menschenrechtsschutz soll auch zentraler Bestandteil in der EU-Außenpolitik sein. Weiters treten wir für europa-weite Mindeststandards in Asylverfahren ein.

Regulierung von privaten Sicherheitsfirmen

Auch in Europa verstärkt sich die Tendenz zur Auslagerung von Sicherheitsdienstleistungen an private Firmen. Besonders kritisch ist diese Tendenz im polizeilichen oder sogar militärischen Bereich. Um das staatliche Gewaltmonopol und den Grundrechtsschutz zu sichern, ist es dringend notwendig, strenge EU-weite Regelungen für den Einsatz dieser Firmen festzulegen.

Wofür wir in der EU stehen

Wir als SozialdemokratInnen stehen für ein **Europa der Menschen** statt eines Europas der Konzerne. Deshalb treten wir für mehr Mitbestimmung, mehr Rechte des Europäischen Parlaments, Entwicklung der EU zu einer Sozialunion, Klimaschutz, Regulierung der Finanzmärkte, Verschiebung der Ausgaben von Landwirtschaft zu Forschung und Sozialem ein. Die EU kann und soll ein demokratisches, politisches und soziales Gegengewicht zum „Recht des Stärkeren“ in einer globalisierten, neoliberalen Welt sein.

Impressum und Kontakt:
BSA EU Gruppe
schneeweiss@bsa.at

Bund sozialdemokratischer Akademiker/innen,
Intellektueller und Künstler/innen
Landesgerichtsstraße 16/3
1010 Wien

Stand: 23.4.2009